

## Gewinne explodieren – Löhne sinken

Die Bundesregierung jubelt den wirtschaftlichen Aufschwung. Merkel und Brüderle rufen laut: „Jetzt muss es mehr Geld für die Beschäftigten geben.“ Tolle Idee.

### **Nur ist unten bisher nichts angekommen.**

Es gibt einen Aufschwung: Für Reiche und Unternehmen. Die Profite sind preisbereinigt seit 2000 um ca. 35 % gestiegen.

Ein Durchschnitts-Arbeiter hat heute 3 % weniger

in der Lohntüte. Deutschland ist das Schlusslicht der Lohnentwicklung in Europa! Dieses Lohndumping passiert in einem Land, in dem mit immer höherer Produktivität gearbeitet wird.

An diesem Zustand hat die Politik der Agenda 2010 einen großen Anteil: Erwerbslose müssen jede Arbeit annehmen, Leiharbeit wird massiv gefördert, Minijobs sind weit verbreitet. Ein flächen-

deckender, gesetzlicher Mindestlohn wird immer noch verweigert.

### **Mit diesem staatlich geförderten Lohndumping muss endlich Schluss sein!**

Alle prekär Beschäftigten und auch die mit „normalen“ Jobs wissen, dass bei Arbeitslosigkeit der freie Fall in die Armut, sprich Hartz IV, droht. So wirkt Hartz IV als unsichtbare Peitsche, die abhängig Beschäftigte in Angst und

Einschüchterung hält.

Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden.

Als erste Schritte müssen ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro eingeführt, Leiharbeit massiv eingeschränkt werden und Befristungen nur unter strengen gesetzlichen Auflagen erlaubt sein.

Gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten zur Durchsetzung höherer Löhne werden in dem Maße wachsen, wie auch

die neoliberalen Fehlentwicklungen am Arbeitsmarkt deutlich korrigiert, letztendlich alle arbeitsmarktpolitischen Verwüstungen der Agenda-2010-Politik beseitigt werden. Dafür setzt sich DIE LINKE ein!

**Hans-Dietmar Hölscher**

*"Emek, Demokrasi ve Özgürlük Bloku'n" seçimlerdeki büyük zaferi*

Seite 2

## Streiks bei Bielefelder Tageszeitungen

### **Interview mit Peter Reinold, Betriebsratsvorsitzender beim Westfalen-Blatt und PD-Pressedruck (Technik)**

**Dietmar Hölscher:** Seit Wochen stehst du mit deinen Kolleginnen und Kollegen auf Streikposten vor dem Westfalen-Blatt. Worum geht es in erster Linie bei eurer Tarifauseinandersetzung?

**Peter Reinold:** Die Arbeitgeber wollen unseren Manteltarifvertrag massiv verschlechtern. Sie wollen die Arbeitszeit auf bis zu 40 Stunden verlängern, die Helferlöhne senken, die Maschinenbesetzungen verschlechtern und den Facharbeiterschutz aufweichen. Eigentlich möchten sie sich vom Flächentarifvertrag verabschieden.

**Dietmar Hölscher:** Neben dem Erhalt des Manteltarifvertrages fordert eure Gewerkschaft ver.di auch eine Lohnerhöhung von 5,5 %. Wie war denn die Lohnentwicklung in den letzten Jahren bei euch?

**Peter Reinold:** In den vergangenen zehn Jahren sind unsere Löhne hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurückgeblieben. Wir haben einen deutlichen Nachholbedarf. In Europa ist

Deutschland sogar Schlusslicht in der Lohnentwicklung.

**Dietmar Hölscher:** Welche Folgen hätte es für Drucker und Journalisten, wenn eure Arbeitgeber mit ihren Forderungen durchkämen?

**Peter Reinold:** Mehrere Zehntausend Arbeitsplätze wären akut gefährdet. Dabei hatten wir schon einen immensen Arbeitsplatzabbau in den letzten Jahren zu verkraften. Die Unternehmer würden im →



Warnstreik PD-Pressedruck (Westfalen-Blatt) am 24. 6. 2011, Foto: Dirk Toepper



### Fortsetzung von Seite 1

Betrieb noch dreister auftreten. Bei den Zeitungen hätten wir dann Journalisten erster und zweiter Klasse. Die Qualität der Berichterstattung würde sinken.

**Dietmar Hölscher:** Warum ist es mittlerweile so schwierig, den Druck beider Bielefelder Tageszeitungen komplett zu verhindern? Dünnere und chaotischer vom Inhalt her sind die „Streikzeitungen“ zumindest schon mal gewesen.

**Peter Reinold:** Die Einführung neuer Technik, die „einfacher“ zu bedienen ist, ermöglicht Streikbruch mit wenigen Leuten. Die Angst um den Arbeitsplatz hält viele Kolleginnen und Kollegen von der Beteiligung an Streiks ab. Bei uns sind Streikbrecher sogar schon mal mit einer Geldprämie belohnt worden. Wir haben als Streikende auf „Gleichbehandlung“ geklagt und gegen unseren Arbeitgeber gewonnen. Positiv an der

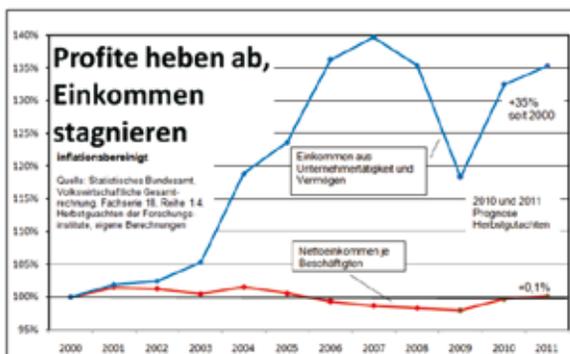
aktuellen Tarifrunde ist die enge Zusammenarbeit mit unseren streikenden Journalisten.

**Dietmar Hölscher:** Nun liegt ein Verhandlungsergebnis vor. Wie beurteilst du diesen Abschluss?

**Peter Reinold:** Wir haben unser wichtigstes Ziel erreicht: Unser Manteltarifvertrag ist unverändert für drei Jahre gültig. Die Lohnerhöhung fällt leider etwas bescheiden aus. Dieses Ergebnis ist letztendlich ein Erfolg unserer Streiks.

**Dietmar Hölscher:** Kollege Reinold. Herzlichen Glückwunsch zu eurem Ergebnis. Wir wünschen euch viel Erfolg auch bei der Durchsetzung der Forderungen der Journalisten.

**Das Interview führte Hans-Dietmar Hölscher, Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE und Betriebsrat Neue Westfälische Logistik (Zeitungszustellung)**



## Der Triumph des Wahlblocks für „Arbeit, Demokratie und Frieden“

Am 12. Juni 2011 fanden in der Türkei Parlamentswahlen statt. Obwohl die konservativ-religiös orientierte regierende AKP 50 % der Stimmen eingeholt hat, hat sie an der Zahl ihrer Abgeordneten verloren. Ihr Wahlziel, eine verfassungsgebende Zweidrittelmehrheit, hat sie nicht erreicht. Auch die CHP (Republikanische Volkspartei) und die MHP (Nationalistische Bewegungspartei) zählen zu den Verlierern dieser Wahl. Zu den

Gewinnern dieser Wahl zählt der Wahlblock für „Arbeit, Demokratie und Frieden“. Der Block, der linke, sozialistische, pro-kurdische und gewerkschaftsnahe Parteien und Organisationen vereinigt, konnte als Einziger triumphieren. Er konnte seine Stimmen verdoppeln und zieht mit 36 direkt gewählten Abgeordneten in das Parlament. Der Wahlblock ist fest entschlossen, die Stimmen und Forderungen aller unterdrückten, ausge-

beuteten und benachteiligten Menschen in das Parlament zu tragen. Er wird einen entscheidenden Beitrag zur Demokratisierung des Landes und die Einhaltung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte der arbeitenden Menschen leisten. Und vor allem eine Schlüsselrolle bei der friedlichen Lösung der Kurdenfrage spielen.

**Gülcan Turan, DIDF (Föderation Demokratischer Arbeitervereine)**

### „Emek, Demokrasi ve Özgürlük Bloku'n“ seçimlerdeki büyük zaferi

Zwei Phasen der Regierung Olmans, die durch die Nutzung von AKP Wählern von 47% auf 49,9% gesteigert wurde, obwohl die Abgeordnete Zahl von 334 auf 326 zurückging. Die CHP 30% der Stimmen erhielt, die Erwartungen nicht erfüllte. Die MHP die Stimmen erhielt und die Abgeordnete Zahl von 10% auf 10% senkte. „Emek, Demokrasi ve Özgürlük Bloku“ ist ein 10%iger antidemokratischer Wahlblock, Vetos, Verurteilungen, militärische Operationen, Provokationen und Eingriffe, obwohl sie ihre Ziele nicht erreichten, die Wahlblock die Mehrheit der Stimmen erhielt. Die Wahlblock die Mehrheit der Stimmen erhielt.

Die Wahlblock die Mehrheit der Stimmen erhielt, die Wahlblock die Mehrheit der Stimmen erhielt. Die Wahlblock die Mehrheit der Stimmen erhielt.

Die Wahlblock die Mehrheit der Stimmen erhielt, die Wahlblock die Mehrheit der Stimmen erhielt. Die Wahlblock die Mehrheit der Stimmen erhielt.

Durmus Alici (DIDF-Bielefeld)



**Gesetzlicher Mindestlohn: DIE LINKE bleibt am Ball!** Im Rahmen der Kampagne der LINKEN „Countdown für den Mindestlohn“ wurde mit Infoständen, Veranstaltungen, Verteilung der Zeitung „KLAR“ an Haushalte und vor Betrieben für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro geworben.

# EINBLICKE

**DIE LINKE.**  
RATSFRAKTION BIELEFELD

Nachrichten der Partei DIE LINKE aus Bielefelder Rat & Bezirken

Juli 2011

**DIE LINKE fordert: Zügig informieren, Verfahren vereinfachen**

## **Bildungs- und Teilhabeleistungen für Ihr Kind**

Die Regierung hatte letztes Jahr Elterngeld und Rentenbeiträge für Hartz-4-Berechtigte sowie das Übergangsgeld von ALG1 zu ALG 2 gestrichen und Aufwandsentschädigungen angegriffen. Das heißt, erst wurde viel bei den Armen gekürzt, um dann wenig für bedürftige Kinder zu finanzieren.

Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, wie Nachhilfeunterricht und Beiträge für Sportvereine, müssen schnell bei Familien mit geringen Einkommen ankommen.

**Doch wie sollen Eltern notwendige Leistungen für ihre Kinder beantragen können, wenn sie erst gar nicht informiert werden?**

Im Sozial- und Gesundheitsausschuss Bielefeld hat DIE LINKE eine unbürokratische und zügige Umsetzung des Paketes, sowie die schriftliche Information der möglichen berechtigten Familien gefordert. Dies hat eine Spar-Koalition aus SPD, Grünen, FDP, CDU und BfB geschlossen verweigert.

**Will sich die Stadt auf Kosten der Armen sanieren?**

Für 2011 bekommen die Kommunen pauschal Geld für das Paket – auch wenn sie es nicht dafür ausgeben. Es lohnt sich also für die Stadt, die Eltern erst gar nicht zu informieren.

**Bielefeld-Pass-Vorlage abgelehnt**

Zum Beantragen der Leistungen sollte bei Schulen, Vereinen oder Nachhilfelehrern nicht z.B. ein Hartz-4-Bescheid vorgezeigt werden müssen. Denn diese Hürde könnte bewirken, dass sinnvolle Leistungen für Kinder überhaupt nicht beantragt werden. Statt der Preisgabe von schützenswerten privaten Daten sollte die Bielefeld-Pass-Vorlage völlig ausreichen.

**Leistungen pauschal auszahlen**

Statt für jedes Kind jede Leistung einzeln zu beantragen und Nachweise zu erbringen, sollten die Leistungen pauschal ausgezahlt werden. Was würde Frau von der Leyen sagen, wenn sie für jedes ihrer sieben Kinder Einzelanträge stellen müsste?

**Dr. Dirk Schmitz**

**Eine Woche lang informierte DIE LINKE vor dem Jobcenter**



### **Kein Geld verschenken – jetzt Anträge stellen!**

**Familien mit geringen Einkommen können für Kinder und junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr diese Bildungs- und Teilhabeleistungen bekommen:**

- Persönlicher Schulbedarf (Schulbücher): 70 € zum 1.8. und 30 € zum 1.2.
- Mittagessen (in Kitas und Schulen)
- Ausflüge und Klassenfahrten (in Kitas und Schulen)
- Lernförderung (Nachhilfe)
- Schülerbeförderung (Schülerfahrkarte)
- Teilhabeleistungen, 10 Euro pro Monat (nur bis zum 18. Lebensjahr) für
  - a) Mitgliedsbeiträge in den Bereichen Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit
  - b) Unterricht in künstlerischen Fächern (z.B. Musikunterricht) und vergleichbare angeleitete Aktivitäten der kulturellen Bildung
  - c) die Teilnahme an Freizeiten

**Vorausgesetzt**, die Familien erhalten Kinderzuschlag, Wohngeld, Hartz IV, Sozialhilfe oder Asylleistungen. Für Geringverdienende kann sich ein Antrag auf Wohngeld oder Kinderzuschlag also doppelt lohnen.

**Grundsätzlich gilt:** Jede Leistung muss vorher beantragt werden!

Ausnahme: Bei Hartz IV, Sozialhilfe oder Asylleistungen muss für Kinder zwischen 7 und 14 Jahren kein Antrag auf Schulbedarf gestellt werden.

**Anträge und Infos bei:**

- Hartz IV: Jobcenter Arbeitplus Bielefeld,
  - anderen Leistungen: Sozialamt im Neuen Rathaus
- <http://www.bielefeld.de/de/biju/fp/fak/>

Schulausschuss beschließt auf Antrag der LINKEN:

## Weiterführung einer wichtigen Bildungsmaßnahme

**Die Pisa-Studien brachten es ans Licht: 23 Prozent, also fast ein Viertel aller Bielefelder Jugendlichen, können im Alter von 15 Jahren geschriebene Texte nicht richtig verstehen.**

Man nennt so etwas „funktionalen Analphabetismus“ und es kommt einer Bankrotterklärung des jetzigen Schulsystems gleich. Das heißt auch, jedem vierten Jugendlichen in Bielefeld sind wesentliche Bildungswege erschwert oder versperrt, denn Bildung läuft nun einmal wesentlich über das Verstehen von Texten. In einem dreijährigen Projekt hat die Stadt mit Unterstützung der Uni-

versität ein Programm entwickelt und durchgeführt, mit dem Kindern das Verstehen von Schrifttexten schwerfällt, gezielt gefördert werden: den **TextChecker**. Mit sehr gutem Erfolg!

Das Projekt, hauptsächlich finanziert von der Europäischen Union, ist nun zu Ende, die finanzielle Unterstützung auch. Im Schulausschuss wurde die Arbeit des Projektes einhellig anerkannt und gelobt. DIE LINKE hatte einen Antrag eingebracht, dass die Arbeit auf jeden Fall weitergeführt und die nötigen Gelder dafür zur Verfügung gestellt werden. In einem zweiten Schritt soll die Verwaltung

ein Konzept entwickeln, wie diese äußerst wichtige und unverzichtbare Förderung in die reguläre Schularbeit eingegliedert werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Onur Ocak, schulpolitischer Sprecher der Linksfraktion, ist erleichtert: „Das ist ein wichtiges Signal an die Jugendlichen. Wir können es uns nicht leisten, auf Kosten ihrer Zukunft zu sparen!“



Barbara Schmidt

## Bessere Sportstättennutzung statt Schließungen!

Seit Jahren ist es im Gespräch Sportplätze zu schließen. Begründet wird dies u.a. mit der „demographischen Entwicklung“. Die behauptet, dass Bielefelds Kinderzahl schrumpft. Zudem empfehlen uns die Mediziner, uns sportlich zu betätigen. Darum fordert die LINKE, Sportplätze als multifunktionale Sportstätten für alle nutzbar zu machen. Warum kann es nicht auf einer Anlage einen Bolz- und/oder Spielplatz und ein Beachvolleyballfeld, sowie Möglichkeiten z.B. für eine Trendsportart geben? Familien könnten sich dort zusammen bewegen und gemeinsam das Sportabzeichen erwerben. Das ist auf alle Fälle sinnvoller und sozial gerechter als einen Fußballclub, als einzigen von über 200 Sportvereinen, mit 3,5 Mio. Euro (ohne Stadtwerk-Geschenke, Westfalen-Blatt v. 3.7.2011) direkt und indirekt immer wieder zu subventionieren und rund 100.000 Euro für ein nutzloses Gutachten zu verschleudern.

Öffentliche Sportmöglichkeiten gehören zur Grundversorgung wie Schulen. Auch hier gilt: Kurze Wege für kurze Beine!

**Bernd Schatschneider  
Sachkundiger Bürger im  
Schul- und Sportausschuss**

Ishara

### Mobiliar zu verschenken!

Dies war das Motto direkt vor der sechsmonatigen Schließung des Isharas. Auf der einen Seite hat die Stadt kein Geld, auf der anderen Seite scheint Geld keine Rolle zu spielen. Was hat denn die Stadt mit dem Ishara zu tun? Die BBF als Betreiber ist eine Stadtwerke-Tochter. Die Stadtwerke gehören mehrheitlich der Stadt. Das Bad wurde 2000 in Betrieb genommen. Nun gibt es bereits zum dritten Mal Umbau- bzw. Renovierungsarbeiten. Hätte man die gesamte Anlage abgerissen und neu aufgebaut, wäre es wirtschaftlicher gewesen. Warum man das Mobiliar nicht zumindest in anderen BBF-Anlagen gebrauchen konnte, wird wohl immer ein Geheimnis bleiben.

**Bernd Schatschneider**

## Sozialgeschichte muss Hauptthema beim Historischen Museum bleiben!



Seit seiner Gründung will es nicht Haupt- und Staatsaktionen in den Mittelpunkt stellen, sondern Arbeit und Leben der Einwohner. Nach einer Zeit mit sinkender

Anziehungskraft sollte der neue Leiter Wilhelm Stratmann dem Kulturausschuss jetzt seine Vorschläge präsentieren. Die vorgeschlagene stärkere Gewichtung der politischen

Geschichte in der Dauerausstellung wäre jedoch eine Abkehr von der sozialgeschichtlichen Konzeption. Besser wäre, innerhalb des bisherigen Konzepts unpassende Tei-

le zu ersetzen, neuere Einsichten (z.B. auf der Sparrenburg) einzuarbeiten, die Ausstellung zu renovieren und sie vor allem hinsichtlich der Aussageabsicht schlüssig zu gestalten. Nur dann macht auch eine stärker mediale Präsentation Sinn. Obwohl aber eine völlige Neugestaltung von allen Parteien nicht für sinnvoll gehalten wird, gab es bisher keine überzeugenden Teillösungen, sondern eine quälende Hängepartie. Man wird wohl externen Sachverständigen einbeziehen müssen – die Abstimmung des Konzepts mit anderen lokalgeschichtlichen Akteuren (Historischer Verein, Stadtarchiv) ist dem Leiter nun auferlegt worden.

**Florian Straetmanns**

Straßennamen im Bezirk Mitte:

## Informationen über den Namensgeber anbringen

Die Fraktion DIE LINKE hat in der Bezirksvertretung Mitte beantragt, dass bei der Neuaufstellung von Straßenschildern eine Information über den Namensgeber angebracht werden sollte. Das Wissen um die Bedeutung der Namensnennung geht immer mehr Bielefeldern verloren. Durch einen kleinen Hinweis am Stra-

ßenschild kann diesem Vergessen entgegen gewirkt werden.

Leider gab es nur eine Mehrheit, bei der Neubenennung von Straßen so zu verfahren. Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

**Peter Ridder-Wilkens**  
Fraktionsvorsitzender  
**DIE LINKE**  
in der BZV Mitte



Wie hier, sollen auch Informationen über den Namensgeber angebracht werden.

**Sprechzeiten der Ratsfraktion DIE LINKE**  
**Altes Rathaus · Erdgeschoss · 33597 Bielefeld**

**Montag - Donnerstag: 10.00-16.00 Uhr**

**Freitag: 10.00-14.00 Uhr**

**Telefon: (0521) 515080 · Telefax: (0521) 518110**

**E-Mail: die.linke@bielefeld.de · Internet: www.dielinke-bielefeld.de**

## Was wird aus dem Haltepunkt Brackwede Süd?

Seit 2003 stehen Überlegungen im Raum, die Sennebahn zu modernisieren. Ein neuer Haltepunkt in der Senne soll hinzukommen, um das neue Wohngebiet „Breipohls Hof“ an den öffentlichen Nahverkehr anzubinden.

Dafür will man den Haltepunkt im Nachbarbezirk Brackwede offenbar schließen.

Das ist blanker Bezirksegoismus ohne Rücksicht auf die Berufspendler und übrigen Fahrgäste aus Brackwede, die ebenfalls auf ihren Haltepunkt angewiesen sind.

Die Vorarbeit, so zeichnet es sich mehr und mehr ab, wurde vom Verkehrs-

Lippe (VVOWL) geleistet, vorbei an der Bezirksvertretung Brackwede. Deren politische Vertreter zeigten sich doch sehr überrascht, als jetzt von VVOWL die Schließung angestrebt wurde. Bislang war in allen Mitteilungen immer von „vorübergehender Schließung“ (Frau Sy, VVOWL) die Rede.

Jetzt wird deutlich, welche Absichten der VVOWL nebst dem Vertreter der Grünen in der BZV, Herrn Stille, wirklich verfolgen. Die Öffentlichkeitsarbeit der LINKEN gefällt beiden nicht.

Hartnäckiges Nachfragen und Recherchieren von Brigitte Varchmin (DIE LINKE) zwangen Herrn

Stille (Grüne), aus der Deckung zu kommen und Farbe zu bekennen. Das tut er auch eifrig, indem er sich vehement für die Schließung einsetzt. Kopfschütteln bei den übrigen Mitgliedern der Bezirksvertretung. Wessen Interessen vertritt Herr Stille eigentlich?



**Christian Varchmin**  
Bezirksvertreter in Senne

**DIE LINKE. im Rat**

**Rat lehnt Antrag der LINKEN ab:**

## Keine Bundeswehr an Bielefelder Schulen

Auf der Ratssitzung am 30. 6. 2011 sorgte der Antrag der LINKEN „Keine Bundeswehr an Bielefelder Schulen“ für einigen Wirbel. Marcus Kleinkes (CDU) outete sich als stolzer Reservist, Hartmut Geil (Grüne) offenbarte sich als Olivgrüner, Gerd Kranzmann (SPD) argumentierte „rein rechtlich“, dass der Rat für diese Frage nicht zuständig sei. Bei allen Rednern durfte auch der Griff in die Motenkiste des Kalten Krieges nicht fehlen. Die Befürworter von Kriegseinsätzen der

Bundeswehr im Ausland stimmten deutlich ab: Ablehnung durch alle Fraktionen gegen 4 Stimmen der LINKEN.

Eine Anfrage der LINKEN zu den Finanzen bei der „Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes“ wurde unzureichend beantwortet. Auf Kritik des Ratsmitgliedes Dr. Dirk Schmitz an der Informationspolitik der Stadt gingen die anderen überhaupt nicht ein.

Auch wenn viele Betroffene noch nicht informiert sind: Für die anderen Parteien

und die Verwaltung ist „alles in Ordnung.“

Auf der Ratssitzung am 26. 5. 2011 wurde der Antrag „Aktives Zins- und Schuldenmanagement“, mehrheitlich beschlossen. Damit wurde der Verwaltung der Rücken auch für Geschäfte mit Finanzderivaten gestärkt.

Die LINKE stimmte gegen diesen Antrag:

„Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) erklärt, dass ihre Fraktion die Vorlage ablehne, da für eine Zinssicherung mit Finanzderivaten

kein ausreichender Sachverstand vorhanden wäre und solche Finanzgeschäfte daher aus ihrer Sicht nicht beherrschbar seien.“ Protokoll der Ratssitzung.

Die Berichterstattung fand in der Presse auf Sparflamme statt.

Anträge und Reden unter: [www.dielinke-bielefeld.de](http://www.dielinke-bielefeld.de)

**Hans-Dietmar Hölscher**  
Fraktionsgeschäftsführer  
**DIE LINKE**

Fünf Grundschulen wie gehabt im Herbst vor der Schließung

# Grundschulforum: Eltern im Kreis geführt

**Um 1,5 Millionen Euro Gebäudekosten und Grünpflege zu „sparen“, will die Ampel-Koalition aus SPD, GRÜNEN und FDP fünf Grundschulen schließen.**

40.000 Protestunterschriften hatten die Eltern für den Erhalt der Schulen gesammelt. Dagegen gab Oberbürgermeister Clausen die Beruhigungspille eines „Grundschulforums“. In diesem neuartigen Debattierklub sollte ein Kreis aus 77 Elternvertretern, Stadträten und Verwaltungsleuten nach sieben zweistündigen Sitzungen

Stellung nehmen. Am letzten der schließlich zehn Abende ließ die Ampel-Koalition dreist die Katze aus dem Sack. Die Elternvertreter sollten zusammen mit den Ratsmitgliedern empfehlen, nach wie vor fünf Grundschulen zu schließen.

Der Elternprotest war damit im Kreis geführt. Die erklärte Absicht des Moderators, eine „einstimmige“ Schließungsempfehlung herbeizuführen, hat er nicht geschafft, wohl aber hat er eine Stellungnahme der Eltern verhindert. Sie konnte in den 10 Abenden, die vor allem mit Frontalvorträ-

gen gefüllt waren, nicht erarbeitet werden. Von den 77 Beteiligten durften schließlich nur 18 abstimmen. Das Ergebnis war mit 9:9 unentschieden; für die GRÜNE Fraktionsvorsitzende ein „unbefriedigendes Ergebnis“.

In Stellungnahmen halten Ampel-Politikerinnen wie vor dem Bürgerbegehren an den Schulschließungen fest. Die GRÜNEN feiern die Veräppelung der 40.000 Unterzeichner des Bürgerbegehrens gegen die Schulschließungen in ihrem Mitgliederblatt BIG gar als „beispielhaft“ und zukunftsweisend; das Grundschulforum setze

„Standards für weitere Bürgerbeteiligungen“.

## Wie weiter?

Nun soll der Arbeitskreis Schulentwicklungsplanung (Stimmrecht nur für Ratsmitglieder) bis zur Sommerpause vorschlagen, welche Schulen geschlossen werden. Mitte November will dann der Rat beschließen. Spannend ist die Frage, ob er die Schuleinzugsbereiche wieder einführt, damit die Kinder nach dem Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ wieder in wohnortnahe Grundschulen finden. Rot-Grün in Düs-

seldorf hat das auf Antrag der LINKEN im Landtag ermöglicht. 2008 hatte die damalige schwarz-gelbe Landtagsmehrheit die Grundschulbezirke aufgelöst. Seitdem ist die Zahl der Kinder, die in Grundschulen fern ihres Zuhauses gehen, in Bielefeld um das Zweieinhalbfache auf über 20 Prozent gestiegen. Die Stadt als Schulträgerin könnte mit Schuleinzugsbereichen die Ausstattung von Grundschulen so planen, dass alle Kinder gleich gute Lernbedingungen vorfinden. Der Rat braucht nur zu beschließen.

**Onur Ocak / Günter Seib**



24. Sept. 2010: Auf dem Weg zum Rathaus. Sternmarsch gegen Grundschulschließungen

Gegen klagewütige Atom-Konzerne

# Atomenergie-Verbot ins Grundgesetz



**Die Bundesregierung steht unter Druck. Eine Mehrheit der Bevölkerung will, dass alle AKW's so schnell wie möglich, spätestens aber in 5 Jahren, abgeschaltet sind.**

Aber Merkels Atomkonsens ist kein Konsens und schon gar kein Atomausstieg. Für die Atomkonzerne ist der späte Ausstieg 2021-2022 ein

wie möglich betreiben wollen. Um diese Hintertür zum Weiterbetrieb zu schließen und Entschädigungsforderungen der Atomkonzerne zu verhindern, fordert DIE LINKE, den Atomausstieg im Grundgesetz zu verankern. Doch der CDU-Umweltminister lehnte dies genau deshalb am 06.06.2011 im Umweltausschuss ab. Es binde künftige Mehrheiten im Bundestag in ihrer Entscheidung, so Minister Röttgen. Genauso wenig will er die Subventionen für AKWs im Ausland abschaffen. Dabei waren diese Hermesbürgschaften bis 2010 sogar verboten.

DIE LINKE hat ein Sofortprogramm zum Ausstieg bis 2014 vorgelegt. Dafür gilt es die erneuerbaren Energien beschleunigt auszubauen und nicht die Energiewirtschaft zu Gunsten der Großkonzerne umzuschichten, wie es

die Regierung vorhat. Die Energiepolitik soll grundlegend demokratisiert werden. Dafür müssen die großen Energiekonzerne entflochten und die Energienetze in öffentliche Hand überführt werden. Nur so kann mit der Preistreiberei auf dem Strommarkt Schluss gemacht werden.

Nur eine demokratische Rekommunalisierung der Energieversorgung sorgt

dafür, dass das Bedürfnis der Bevölkerung nach einer sicheren und risikofreien Energieversorgung im Vordergrund steht und nicht die Profitinteressen weniger.

Zu Recht ist in der Anti-AKW-Bewegung die Zustimmung von SPD und Grünen zum Atomkonsens auf Ablehnung gestoßen. DIE LINKE wird weiter an der Seite der Anti-AKW-Bewegung für

einen unverzüglichen und unumkehrbaren Ausstieg eintreten. Eine Laufzeitverlängerung bis 2021 vom Atomkraftwerk Grohnde, an dem die Stadtwerke Bielefeld beteiligt sind, ist unverantwortlich. Nicht mit uns.

**Heinz Willemsen  
Carsten Strauch**

**Mehr Infos:  
[www.nachhaltig-links.de](http://www.nachhaltig-links.de)**

**„Wer einem Weiterbetrieb der Reaktoren bis 2022, einem AKW im Stand-by-Betrieb und reduzierten Sicherheitsanforderungen zustimmt, verliert seine Glaubwürdigkeit und kann sich nicht mehr Teil der Anti-Atom-Bewegung nennen.“**

Jochen Stay,  
Sprecher der Organisation **.ausgestrahlt**

Geschenk. Die AKW's sind für sie Gelddruckmaschinen, die sie so lange

## Anti-AKW-Proteste

### Erfolg durch Druck auf der Straße

Die Rücknahme der im letzten Jahr beschlossenen Laufzeitverlängerung für AKW's durch die Bundesregierung ist ein riesiger Erfolg der Anti-Atombewegung. Ursprünglich wollte Kanzlerin Merkel mit dem Moratorium nur Zeit gewinnen. Dass alle sieben Alt-Meiler sowie das AKW Krümmel auch nach dem Moratorium abgeschaltet bleiben, stand zu Beginn keineswegs fest. Damit der Druck auf die Bundesregierung aufrechterhalten bleibt,

demonstrierten am 28. Mai wieder mehr als 160.000 AKW-Gegner in 21 Städten. Die Rednerinnen auf der Demonstration in Münster machten aber auch klar, dass ohne Bewegung an der Basis auch die rot-grüne Landesregierung in NRW nur herumtaktiert. Nichts tut der grüne Umweltminister Rammel als zuständige Atomaufsicht, um den Ausbau der Urananreicherungsanlage in Gronau zu stoppen. Das kann doch kein Atomausstieg sein!

Bundeswehr gehört nicht ins Klassenzimmer

# Kein Werben für's Sterben an Bielefelder Schulen



**Deutschland führt seit fast zehn Jahren Krieg in Afghanistan. Die Bundeswehr wird immer weiter umgerüstet, damit sie zukünftig weltweit mit militärischer Gewalt eingreifen kann.** Diese Kriegseinsätze sind mit Wehrpflichtigen schlecht zu machen – aus diesem Grunde hat eine Mehrheit im Bundestag beschlossen, die Wehrpflicht auszusetzen. Ab Sommer dieses Jahres sollen die Soldatinnen und Soldaten für die Bundeswehr ausschließlich auf freiwilliger Basis rekrutiert werden.

## Jugendliche wollen nicht freiwillig in die Armee

Die Bundeswehr hat jedoch große Probleme, die 20.000 Soldatinnen und Soldaten einzuwerben, die sie für nötig hält. Trotz enormer Anstrengungen, Millionen Werbeetats, Bundeswehrbüros in Arbeitsämtern und Werbeständen auf Berufsorientierungsveranstaltungen hat sie ihr Ziel

bei weitem nicht erreicht. Die Rede ist von 10.000 Jugendlichen, die sich bisher freiwillig zum Kriegsdienst verpflichtet haben. Selbst kostenlose Studien- und attraktive Ausbildungsangebote können Jugendliche kaum darüber hinwegtäuschen, dass das Werben für die Bundeswehr auch ein Werben für's Sterben ist. - Zwei junge Männer aus Bielefeld sind inzwischen in Afghanistan getötet worden. Wir trauern um diese jungen Menschen und wir wollen nicht, dass es weitere Tote gibt.

## Bundeswehr in den Schulen widerspricht der Pflicht zur Friedens- erziehung

Die Bundeswehr hat seit Jahrzehnten eigene Abteilungen, mit denen sie in die Schulen geht, um dort für die offizielle Politik und Sicherheitsstrategien zu „informieren“. DIE LINKE meint: die Bundeswehr gehört nicht ins Klassenzim-

mer, heute noch weniger als früher.

Die Verfassung unseres Landes verpflichtet den Staat dazu, die Jugend im Sinne von Toleranz und Friedensgesinnung zu erziehen. Die Anwendung militärischer Gewalt widerspricht diesem Gebot. Auch wenn eine Mehrheit des Bundestages den Einsatz der Bundeswehr zur Absicherung deutscher Interessen in Afghanistan unterstützt, lehnen 70 Prozent der Bevölkerung diesen Krieg ab. 2008 hat die damalige schwarz-gelbe Landesregierung eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr geschlossen, die dieser den Zugang zu den nordrhein-westfälischen Schulen erleichtert. Diese Kooperationsvereinbarung muss gekündigt werden.

## Bundeswehr in Bielefelder Schulen

Bundeswehroffiziere, die im Unterricht die Positionen der Bundeswehr vertreten, ohne dass in gleichem Maße Gegenpositionen vertreten und diskutiert wer-

den, dürfte es nach den Grundsätzen der politischen Bildung nicht geben. Es gibt sie aber!

Im Mai 2011 war die Bundeswehr in der Bielefelder Abendrealschule, im Juni in der Bosse-Realschule, im Oktober sind Einsätze im Gymnasium Brackwede und auf der Berufsinformationsbörse des Carl-Severing-Berufskollegs geplant.

Es ist klar: Weder der Rat, der Oberbürgermeister oder die Verwaltung haben ein Eingriffsrecht in den Unterricht der Schulen, egal um welche politischen oder gesellschaftlichen Anliegen es geht.

Aber es kann eine öffentliche Debatte zu diesem Thema auch in den Schulen ausgelöst werden. Gemeinsam mit Schülervertretungen und mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die diese Form der Werbung für die Bundeswehr gleichfalls ablehnt.

Ein Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE wurde auf der Sitzung des Stadtrates am 30. Juni 2011 von allen anderen Fraktionen abgelehnt!

**Barbara Schmidt**  
Fraktionsvorsitzende  
DIE LINKE

## TERMINE

Falls nichts anders angegeben, immer im  
Parteibüro August-Bebel-Straße 126  
Mehr Infos auf: [www.dielinke-bielefeld.de](http://www.dielinke-bielefeld.de)

■ Mi. 20.07.2011, 19.30 Uhr  
**Mitgliederversammlung**  
Bürgerwache, Rolandstr. 16

### Arbeitsgruppen und Arbeitskreise der LINKEN

AK Wirtschafts- u. Sozialpolitik  
AK Hartz IV  
AK Umwelt, Energie, Verkehr und  
Stadtteilgruppe Mitte  
Stadtteilgruppe Schildesche  
Stadtteilgruppe Heepen  
Frauenplenum  
Lese- und Diskussionszirkel zur Programmatik  
linker/sozialistischer Parteien

**DIE LINKE Bielefeld ist erreichbar:**  
Telefon: 0521.86 6 11  
[info@dielinke-bielefeld.de](mailto:info@dielinke-bielefeld.de) · [www.dielinke-bielefeld.de](http://www.dielinke-bielefeld.de)  
Jeden Freitag und Mittwoch von 14 bis 19 Uhr,  
offenes Büro in der August-Bebel-Str. 126